

NIEDERSCHRIFT BezA/013/2007

über die Sitzung **des Bezirksausschusses der Stadt Billerbeck** am 13.06.2007 in **der Gaststätte Uhlenhook, Aulendorf.**

Vorsitzender:

Herr Werner Wiesmann

Ausschussmitglieder:

Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Peter Nowak

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Mechtild Relt
Herr Theo Schulze Brock
Herr Werner Schulze Eskinig
Herr Lutz Wichmann
Herr Carsten Rampe
Frau Maggie Rawe

Vertretung für Frau
Maria Schlieker

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Herr Wiesmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. 27. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" hier: Vorstellung des aktuellen Planentwurfes und Beschluss zu weiteren Beteiligungsverfahren**

Frau Besecke stellt den Planentwurf vor. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage führt sie aus, dass die bestehenden

Wohnhäuser über den § 1 Abs. 10 BauNVO abgesichert werden sollen, dadurch gelte ein erweiterter Bestandsschutz. Hinsichtlich der Eingrünung zur freien Landschaft führt Frau Besecke aus, dass eine Ausgleichsfläche angrenzend im Bereich der Berkel mit der Regenrückhaltung einen Puffer zur Berkel bilde. Es werde vorgeschlagen, den vorhandenen Wald zu entwidmen, ihn aber als Grünfläche zu erhalten. Ohne Entwidmung sei ein Sicherheitsabstand von 35 m einzuhalten. Das bedeute aber auch, dass der Wald an anderer Stelle ausgeglichen werden muss.

Des Weiteren müsse der Umweltbericht überarbeitet werden. In dem Zusammenhang werde zurzeit untersucht, ob streng geschützte Arten, wie z. B. Fledermäuse in dem Gebiet vorkommen, um ggf. Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Das betreffe nicht die Ackerflächen. Bisher seien noch keine besonders schützenswerte Arten gefunden worden.

Der Abstand von der Grenze des ersten Gewerbegrundstückes bis zum nächstgelegenen landwirtschaftlichen Betrieb betrage 250 m und zum nächstgelegenen möglichen Betriebsleiterwohnhaus fast 400 m, so dass es nach Aussage der Landwirtschaftskammer keine Probleme durch Geruchskonflikte auch bei Erweiterungen gebe.

Auf Nachfrage von Frau Schulze Wierling wo die Ausgleichsflächen entstehen soll, teilt Frau Besecke mit, dass diese im Bereich der Berkelaue und über Restpunkte sichergestellt werden könne.

Herr Nowak führt an, dass die letzte Bürgerbeteiligung 5 Jahre zurückliege. Er begrüße es, dass die Verwaltung nun auch vorschläge, eine erneute Bürger- und Behördenbeteiligung durchzuführen. Er könne den Beschlussvorschlag mittragen.

Frau Rawe schließt sich dem an, fragt aber kritisch nach, warum der Plan der Sitzungsvorlage nicht beigefügt worden sei und wie sich die Kosten in Höhe von 11.500,- € zusammensetzen.

Frau Besecke weist darauf hin, dass der gleiche Plan bereits der letzten Vorlage beigefügt war. Der größte Teil der Kosten entstünde durch die Umweltverträglichkeitsprüfung und daneben für Untersuchungen der Naturförderstation und für Lichtpausen, Vervielfältigungen usw.

Herr Schulze Esking betont, dass die CDU-Fraktion gegen den erklärten Willen der dortigen Eigentümer kein Planverfahren durchführen wollte. Nachdem mit den Eigentümern Gespräche geführt worden seien, sei nun offensichtlich mit Ausnahme eines Anliegers die Bereitschaft vorhanden, in das Bauleitplanverfahren einzusteigen. Es müsse aber unbedingt sichergestellt werden, dass die Erschließungsbeiträge nicht eher erhoben werden bis der jeweilige Grundstückseigentümer seine Flächen für gewerbliche Zwecke veräußert. Er fragt nach, wie dieses sichergestellt werden könne.

Herr Mollenhauer führt aus, dass dies nicht über den Bebauungsplan geregelt werden könne. Wenn der Erschließungsbeitrag aus sachlichen Erwägungen gestundet werden solle, wäre hierzu je nach Höhe ein Beschluss des HFA bzw. Rates erforderlich. Er glaube aber, dass es zu Lö-

sungsvorschlägen kommen werde, wenn die Erschließung des Plangebietes anstehe und die Gespräche intensiviert würden.

Herr Schulze Esking betont noch einmal, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage, aber gegen den erklärten Willen der Grundstückseigentümer nichts durchdrücken wolle.

Herr Wiesmann fragt nach, welche bauliche Möglichkeiten der § 1 Abs. 10 BauNVO den Eigentümern ermögliche und ob sie ihr Haus nur im jetzigen Zustand erhalten können oder auch die Möglichkeit des Ausbaues bestehe.

Frau Besecke führt aus, dass Anbauten, Modernisierungen, wie z. B. Dacherneuerungen möglich seien. Der erweiterte Bestandsschutz bedeute, dass innerhalb des vorhandenen Raumes modernisiert oder geringfügig erweitert werden könne, zusätzliche Wohneinheiten seien aber nicht möglich, da ansonsten die Konflikte gestärkt würden.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Mit dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ ist eine frühzeitige Bürgeranhörung nach § 3 Abs. 1 BauGB und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Kennzeichnung eines grenzüberschreitenden Reitweges der Gemeinde Rosendahl

Herr Mollenhauer führt ergänzend zur Sitzungsvorlage aus, dass er heute in einem Gespräch mit dem Kreis erfahren habe, dass alle Gemeinden, bis auf Ascheberg eingebunden seien und der Kreis die Reitwege jetzt in einem Plan, der über das Internet jedermann zugänglich gemacht werde, erfasst habe. Allerdings habe der Kreis kein Interesse an einer Ausschilderung der Reitwege, das werde den Gemeinden überlassen. In Rosendahl sei eine Ausschilderung vorgesehen, wobei ein Bereich Billerbeck tangiere. Verwaltungsseitig werde kein Problem gesehen, die Reiter dort zu führen, auch wenn Teile des Weges auch als Wanderweg ausgewiesen sind.

Herr Schulze Brock erkundigt sich, ob auch private Parzellen betroffen seien.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass auf Billerbecker Gebiet nach seiner Einschätzung nur städtische oder Interessentenwege betroffen wären.

Herr Schulze Brock bittet darum, ansonsten mit den Eigentümern Einvernehmen herzustellen, auch wenn in Zukunft für Billerbeck solche Pläne erstellt werden.

Herr Nowak merkt an, dass man die Reitwege im Gesamtkontext sehen sollte. Es müsse kein 5 Sterne-Reitwegesystem installiert werden. Eine gewisse Ordnung und Führung sei aber sinnvoll, damit die Probleme zwischen Reitern und Wanderern entschärft werden.

Frau Relt spricht sich für die Ausschilderung der Reitwege aus. Es nütze nichts, wenn sich der Reiter in Rosendahl an Schildern orientieren könne und auf Billerbecker Gebiet eine Karte zur Hand nehmen müsse.

Herr Mollenhauer hält dem entgegen, dass die Reitwege in erster Linie für Wanderreiter und nicht für einheimische Reiter ausgewiesen würden und er davon ausgehe, dass sich die Wanderreiter schon anhand einer Karte informieren werden.

Frau Rawe fragt nach, warum die Verwaltung Probleme sehe, wenn die Wege gekennzeichnet würden.

Herr Mollenhauer legt dar, dass auch von den verwaltungsseitig beteiligten Reitern eine Ausschilderung nicht als erforderlich angesehen werde.

Herr Nowak hält eine Karte für ausreichend, die Kennzeichnung sollte aber für alle Gemeinden einheitlich aussehen, hierauf sollte der Kreis hingewiesen werden.

Herr Mollenhauer wirft ein, dass der Kreis die Karte bereits fertig gestellt habe.

Weiter berichtet er auf Nachfrage von Herrn Schulze Brock, dass parallel hierzu in einem Arbeitskreis eine Rad- und Wanderwegekarte für Billerbeck erstellt werde.

Herr Schulze Brock erkundigt sich wiederum, ob die Rad- und Wanderwege nur auf öffentlichem Terrain ausgewiesen seien.

Das sei zwar überwiegend, aber nicht überall der Fall, so Herr Mollenhauer.

Zu dem Einwand des Herrn Schulze Brock, dass über die Rad- und Wanderwege im Bezirksausschuss diskutiert werden müsse, weist Herr Mollenhauer auf das Betretungsrecht der freien Landschaft hin. Im Übrigen handele es sich vornehmlich um Wege, die bereits seit Jahren begangen würden.

Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:

Der Kennzeichnung der Darfelder Reitroute auch auf Billerbecker Gebiet durch die Gemeinde Rosendahl wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Beteiligung des Bezirksausschusses - Herr Schulze Esking

Herr Schulze Esking führt an, dass er der Vorlage für die nächste Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses entnommen habe, dass für die Anlegung einer Allee am Wirtschaftsweg von der Straße Zu den Alstätten in Richtung Darfeld (durch die Ewigkeit) ein Förderantrag nach dem 100-Alleen-Programm gestellt worden sei. Er weist darauf hin, dass der Außenbereich betroffen sei und erkundigt sich, warum der Bezirksausschuss nicht beteiligt und ob Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern erzielt wurde.

Es sei nicht unüblich, dass die Verwaltung Förderanträge auf den Weg bringe, so Herr Mollenhauer. Die Verwaltung habe erkunden wollen, ob die Möglichkeit bestehe, in das 100-Alleen-Programm aufgenommen zu werden. Der Antrag beschränke sich nach Änderung auf das 1. Teilstück. Mit den Anliegern sei man im Gespräch.

Werner Wiesmann
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin